

Wiener = Stimmen
9. III. 1919

204

Verschärfte Anforderung von Wohnungen.

Ein christlichsozialer Protest gegen die Mitwirkung der roten Arbeiterräte.

Durch eine demnächst erscheinende Verordnung der Landesregierung wird das Anforderungsrecht der Gemeinde erheblich erweitert werden. Im Zusammenhang damit ist auch die Wohnungsanforderung dezentralisiert und den Wohnungskommissären in den einzelnen Bezirken zugewiesen worden.

Es werden Wohnungsanforderungskommissionen aus je drei Mitgliedern zusammengelegt werden, und zwar dem Wohnungskommissär oder dessen Stellvertreter, einem freigewählten Mitgliede der Bezirksvertretung und einem vom Bürgermeister bestellten Mitgliede des roten Arbeiterrates.⁽¹⁾ Diese Maßregel wird sofort in Wirksamkeit treten. Hinsichtlich der Zuweisung angeforderter Wohnungen ist eine Form in Aussicht genommen, welche durch Besprechung mit sämtlichen Bezirksvorstehern und Wohnungskommissären festgesetzt werden soll. Der Bürgermeister hat zu diesem Behufe alle Bezirksvorsteher und Bezirksamtsleiter für Donnerstag um 5 Uhr nachmittags ins Rathaus entboten.

In der gestrigen Sitzung des Klubs der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte berichtete **GM. Huber** über verschiedene Uebergänge des sozialdemokratischen „Arbeiterrates“ im 14. Wiener Bezirke. Er wird im Namen des Klubs an den Bürgermeister eine diesbezügliche Anfrage richten. In der Sitzung wurde das Präsidium des Klubs beauftragt, gegen die geplante Heranziehung des sozialdemokratischen „Arbeiterrates“ zur Wohnungsanforderung beim Bürgermeister Einsprache zu erheben, da die Arbeiterräte eine einseitige parteipolitische Organisation sind.